

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit werfe ich Ihrer Behörde absolut verantwortungslosen und diskriminierenden Umgang mit Behinderten und sozial schwachen Menschen vor.

Mein Fall dürfte wohl im „mittleren“ Level liegen, wenn man ein Menschenleben irgendwie aufwiegen kann.

Durch die Krankheit meiner Partnerin musste ich seit 2019 immer weiter als Pflegender einspringen, meine erste Begegnung mit der Sozialbehörde war ein selbstherrlicher, kurz vor der Verrücktheit stehender Herr, der mir als Selbständigen IT-Berater eine lächerliche, selbstgestrickte Excel-Tabelle präsentierte, mit der ich mein Einkommen offenlegen musste. Nichts von irgendwelchen Belastungen, die man als Pflegender wohl hat, wurde anerkannt.

Ein Satz hat sich mir eingeprägt: Natürlich möchten wir wissen, ob Ihre Frau noch arbeitsfähig ist, wir werden sie vorladen und den Arzt von der Schweigepflicht entbinden lassen. (Danke für das Entgegenkommen bei Krebs Rezidiv).

Seit 2021 hatte ich einen Vollzeit-Pflegefall zu betreuen, um Behandlung und Medikamente bezahlen zu können und die Pflege leisten zu können, nahm ich einen Minijob an. Ich erntete viele Beleidigungen und Demütigungen, der Gipfel: Die Bearbeiterin liess einen kurzen Moment ihren Bildschirm alleine, folgendes war zu lesen: Herr W ist sichtlich von der Situation überfordert... Stimmt genau!!

Nächster Einblick: Nach monatelanger Bearbeitungszeit geprägt von Ausreden mit Überlastung und nicht funktionierender Software musste ich vor der Büro-Türe warten, dabei sah ich leider folgendes: Die Beraterin kramte eine Stapel Anträge aus der Schublade heraus und häuft die vor sich auf. Ihr Kommentar: Es wäre ja so viel zu tun, ich dürfe nicht erwarten, gleich an die Reihe zu kommen....

Ich ging weit übers Limit, Krebs im Endstadium ist in Deutschland nur Pflegegrad 2. Nun durfte ich unsere Sozialbehörden von ganz unten kennen lernen. Nach dem Tod der Ehefrau ignorierte ich gesundheitliche Beschwerden (Gehirnschäden) und wurde ab Mitte 2023 selber Pflegefall.

Der Weg zum Pflegefall:

Im Dezember 23 bat ich um Weiterbewilligung ALG, man kann mir nicht verübeln, dass ich am Leben bleiben wollte.

Wieder gab es monatelange Wartezeiten, ich bekam keinerlei Unterstützung, sondern immer wieder neue Anfragen, was ich noch alles an Belegen bereitzustellen hatte. Besonders makaber dabei: auch die Sterbeurkunde meiner Frau wurde mehrmals verlangt. Nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde kam man nach 7 Monaten zur Vernunft, ich bekam rückwirkend die Beiträge zur Krankenkasse erstattet und konnte mir endlich Arzt, Krankenhaus und Pflegedienst leisten. Inzwischen drohte mir der Pflegedienst, die Behandlung einzustellen, man nannte mich einen Betrüger, nur womit sollte ich die Behandlung bezahlen? Im Jobcenter war man peinlich bemüht, die Angelegenheit unter den Tisch zu kehren, der Gipfel dabei: Ein Widerspruch gegen einen Bescheid muss schriftlich eingereicht werden, ich kann Dank der Krankheit kaum die Hände gebrauchen, das war der Behörde längst bekannt. Danke für 6 Monate Untätigkeit und ein Leben als irreparabel chronisch krank und zu 100% schwerbehindert ohne jede Hilfe!

Für mich habe ich nichts mehr zu erwarten, aber ich möchte, dass so etwas nie wieder jemandem, der Hilfe einer Sozialbehörde braucht, angetan werden darf.